

408/AE XXI.GP
Eingelangt am: 20.3.2001

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Glawischnig, Freundinnen und Freunde

betreffend drohender Ausverkauf der österreichischen E - Wirtschaft an Atom - Konzerne

Wegen jahrelangen Versäumnissen droht der österreichischen E - Wirtschaft jetzt der wirtschaftliche Ausverkauf. Umwelt - Ziele werden dabei über Bord geworfen. Der Beschuß über den Verkauf von 27% der Aktien des niederösterreichischen Energieversorgers EVN durch Verbund, die oberösterreichische EAG und die steirische EstAG an einen internationalen Atom - Konzern ist sowohl volkswirtschaftlich unsinnig als auch das Ende der Glaubwürdigkeit der österreichischen Anti - Atompolitik. Auch ein Verkauf der Anteile der Republik Österreich an der Verbundgesellschaft steht zur Diskussion. Auch hier könnte ein Atom - Konzern zum Zug kommen. Steigende Stromimporte aus Atom - und Kohlekraftwerken wären die Folge. Während EU - weit eine ökologische Neuorientierung der Energiewirtschaft forciert wird, um Klimaschutzziele zu erreichen, katapultiert sich Österreich zurück ins Atomzeitalter. Fehlende strategische Allianzen und offen ausgetragene Feindseligkeiten führen die heimischen Stromversorger in die Abhängigkeit internationaler Konzerne.

Österreichische Atompolitik wird untergraben
In der Steiermark nahm der Ausverkauf an die Atom - Lobby seinen Anfang. Die Übernahme eines 25 - Prozent - Anteils der Energie Steiermark AG durch den französische Atomkonzern EdF im Dezember 1997 war aber nur der erste Schritt. Geht es nach den Plänen des deutschen Stromdinosauriers E.ON, der mehr als 50% des gehandelten Stroms aus Atomkraftwerken bezieht, so wird im nächsten Schritt ein Großteil der österreichischen Energiewirtschaft bald in dessen Hand sein. Nach Beteiligung in bereits 15 Ländern greift der deutsche Konzern nun nach heimischen Energieunternehmen, um Strom über Österreich nach Südosteuropa liefern zu können. Der Kärntner Kelag wurde bereits ein Angebot über den Kauf eines 32% - Anteil gemacht. Mit der Tiroler TIWAG wird bereits kooperiert. Auch mit dem oberösterreichischen Stromversorger EAG wurden bereits Verhandlungen geführt. Am liebsten würde E.ON überhaupt den 51% - Anteil der Republik Österreich am Verbund aufkaufen. Die verbleibenden Reste der heimischen Stromwirtschaft hätten keine Überlebenschance und wären rasch weitere Übernahmekandidaten für internationale Konzerne, die so die alleinige Kontrolle über den Energiemarkt der Alpenrepublik erlangen würden.

Um den Trend in Richtung erneuerbarer Energien nicht weiter zu verschlafen, wäre aber ein grundlegender Strukturwandel notwendig. Nur so wäre das Überleben einer eigenständigen österreichischen Energiewirtschaft zu gewährleisten und ökologische Ziele bei Klimaschutz und Anti - Atompolitik zu erreichen. Denzental statt Zentral müsste das Motto lauten. Die Nutzung regionaler Energieressourcen statt Großkraftwerke das Rezept.

E.ON und EdF sind Dinosaurier einer zu Ende gehenden Epoche und sicherlich nicht die modernen Partner, die eine ökologisch orientierte Reform der E - Wirtschaft in Österreich unterstützen würden. Dabei hat Österreich gute Voraussetzungen für einen Strukturwandel. Österreich könnte weltweit führendes Land für umweltfreundliche Energietechnologien werden. Österreich hat bereits jetzt einen technologischen Vorsprung bei Biomasse. Österreich ist reich an Energieressourcen. Eine eigenständige Technologie - und Energiepolitik wäre allerdings die notwendige Voraussetzung, um diese Chancen zu nutzen. Nur eine starke, eigenständige und innovationsfreudige E - Wirtschaft kann das gewährleisten. Mit dem wachsendem Einfluß ausländischer Stromdinosaurier wird es immer schwieriger, diese Chance zu nutzen. Versagt haben insbesondere die politischen Entscheidungsträger. Weder wurden die Rahmenbedingungen für die Einrichtung einer österreichweiten Netzgesellschaft geschaffen noch jene für eine Strombörsen bzw. eine gemeinsame Kraftwerksgesellschaft.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

1. Der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit wird ersucht, als Eigentümervertreter für die Bundesanteile am Verbund dem geplanten Verkauf der Verbund - Anteile an der niederösterreichischen EVN an einen internationalen Atom - Konzern nicht zuzustimmen.
2. Der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit wird ersucht, die Verbundgesellschaft als Eigentümervertreter für die Bundesanteile am Verbund anzulegen, keine Stromlieferverträge mit Atomstromproduzenten oder Atomstromhändlern einzugehen.
3. Der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit wird ersucht, eine eigenständige österreichische Energielösung zu forcieren werden, welche Umwelt - Ziele im Bereich Klimaschutz und Anti - Atompolitik berücksichtigt und auf den massiven Ausbau erneuerbarer Energien setzt.

Informeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Wirtschaftsausschuß vorgeschlagen.